

währleistet nicht die Geheimhaltung der Wahl, da möglicherweise in einem solchen Fall ein Wahlberechtigter anhand des Stimmzettels identifiziert werden könnte. Leere oder doppelt gekennzeichnete Stimmzettel gelten als ungültige Stimmen.

Ich eröffne nunmehr die Wahl und bitte den Schriftführer Herrn Tenhumberg mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, haben alle Mitglieder des Hauses ihre Wahlzettel abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall.

Ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

(Es erfolgt die Auszählung der Stimmen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen das **Ergebnis** der Wahl bekannt geben. Insgesamt wurden 172 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 168 Mitglieder des Landtags gestimmt.

(Beifall)

Mit Nein haben zwei Mitglieder des Landtags gestimmt. Mit Enthaltung haben ebenfalls zwei Mitglieder des Landtags gestimmt.

Meine Damen und Herren, nach dem vorliegenden Ergebnis ist somit das im Wahlvorschlag Drucksache 14/2421 vorgeschlagene **stellvertretende Mitglied** des Verfassungsgerichtshofs **gewählt**. Nach § 5 des Verfassungsgerichtshofgesetzes haben die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, bevor sie ein Amt antreten, vor dem Landtag den nach § 80 der Landesverfassung vorgesehenen Amtseid zu leisten.

Frau Dr. Haderlein, ich bitte Sie deshalb zu mir, damit ich die nach dem Verfassungsgerichtshofgesetz vorgesehene Vereidigung vornehmen kann. Ich werde den Text einmal vorsprechen und bitte Sie, nach Heben der Schwurhand diesen Text nachzusprechen:

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werden. So wahr mir Gott helfe.“

(Allgemeiner Beifall – Präsidentin Regina van Dinkerhoff beglückwünscht Frau Dr. Haderlein.)

(**Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron**)

Vizepräsident Edgar Moron: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zu:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Vorlage 14/572

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2302

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung zur Einbringung der Gesetzentwürfe und erteile zuerst Herrn Finanzminister Dr. Linssen zur **Einbringung des Haushaltsgesetzes** das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer heute das Notwendige nicht tut, weil er es für unzumutbar hält, muss morgen das Unzumutbare tun, weil es unvermeidlich geworden ist. Die Koalition der Erneuerung hat sich dieser Herausforderung gestellt und ist 2005 angetreten, in dieser Wahlperiode das Notwendige zu tun, um die Landesfinanzen wieder in Ordnung zu bringen.

(Beifall von der CDU)

Mit dem Haushalt 2007 werden wir diesem Ziel einen erheblichen Schritt näher kommen. Die Nettoneuverschuldung sinkt von 5,59 Milliarden € in diesem Jahr auf 4,35 Milliarden € im Jahr 2007.

(Beifall von CDU und FDP)

Alleine daran schon erkennen die Menschen, dass die Landesregierung hält, was sie versprochen hat.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Wir haben Kurs gehalten, wir haben die Konsolidierung des Haushalts kontinuierlich vorangetrieben und werden das weiter tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Kurs ist notwendig.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Er ist alternativlos. Und er ist mittel- und langfristig allemal gerechter, weil sonst das tatsächlich Unzumutbare Wirklichkeit würde. Unzumutbar hieße für mich: noch weniger Spielräume für Vereine und Verbände. – Unzumutbar hieße: noch weniger Geld für diejenigen, die tatsächlich auf Unterstützung angewiesen sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Kommunen, nicht wahr?)

Unzumutbar hieße: die soziale und kulturelle Infrastruktur dieses Landes dem Verfall ausliefern zu müssen. – Genau das wollen wir nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen eben das Unzumutbare verhindern. Deshalb setzen wir jetzt die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen um und verändern Strukturen. Damit investieren wir in die Zukunft.

Wie beim Haushalt 2006 wird es auch im Jahr 2007 fair und gerecht zugehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das definieren Sie mit Ihrem Haushalt aber komisch!)

Weil wir jetzt in Richtung Zukunft umsteuern, ist es uns noch möglich, die Lasten der Konsolidierung gerecht zu verteilen.

Auch in einem weiteren Punkt hat die Landesregierung Kurs gehalten. Wir setzen bewusst finanzielle Schwerpunkte, um uns weiter auf die Finanzierung von Zukunftsaufgaben zu konzentrieren und politische Ziele zu verwirklichen.

Im Jahr 2006 haben wir erste, für die Betroffenen sicherlich schmerzliche Einsparungen vorgenommen. Wir haben immer betont, dass dies nicht

ausreichen wird, wenn wir den Haushalt nachhaltig sanieren wollen. Dazu sind strukturelle Veränderungen unumgänglich. Der Haushalt 2007 ist der Einstieg in diese Strukturveränderungen.

Bei aller Notwendigkeit zu Veränderungen achten wir aber gleichzeitig darauf, dass die bestehende soziale und gesellschaftliche Balance nicht durch den Haushalt in Schieflage gerät. Auch das ist mit dem Haushalt 2007 sichergestellt.

Wie der Haushalt des laufenden Jahres ist auch der Entwurf für 2007 finanzpolitisch seriös. Er beruht auf realistischen und vorsichtigen Annahmen zur Einnahmeentwicklung. Wir halten unser Wort und werden zusätzliche Steuereinnahmen als Konsolidierungsbeitrag einsetzen. Dieses Geld werden wir, wie angekündigt, voll zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung einsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir bleiben bei unserer Linie der Vorjahre. Der Haushalt des Jahres 2007 wird gerecht und fair sein. Wesentliche Hilfen für Kinder und Jugendliche werden nicht gekürzt.

(Zuruf von der SPD)

Das Schulsystem wird weiter verbessert, und es wird mehr für die Ausbildung der jungen Menschen getan.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einigen Sätzen die wesentlichen Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2007 erläutern. Die für mich wichtigste Botschaft ist, dass die Nettoneuverschuldung von 5,59 Milliarden € in diesem Jahr auf 4,35 Milliarden € im Jahr 2007 sinken wird.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Damit werden wir das in der letzten mittelfristigen Finanzplanung prognostizierte Niveau von 5,1 Milliarden € deutlich unterschreiten. Gegenüber 2006 ist das eine Senkung um 22 %, und gegenüber 2005 sind es 35 % weniger.

An diesen Zahlen lässt sich ablesen, dass wir erste Erfolge bei der Sanierung des Landeshaushalts erzielt haben. Das ist sicherlich ein befriedigendes Ergebnis. Es ist aber kein Ergebnis, mit dem sich ein Finanzminister zufrieden geben kann, weil der Haushalt nach wie vor nicht die Kreditverfassungsgrenze einhält. Die Nettoneuverschuldung liegt um 1,05 Milliarden € über dieser Grenze.

Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 49,5 Milliarden €. Trotz des klaren Sparkurses

steigt das Haushaltsvolumen gegenüber dem Jahr 2006 damit rechnerisch um 2,2 %. Dafür gibt es nachvollziehbare Gründe.

Zunächst ist ein Basiseffekt aus dem Bereich des Gemeindefinanzierungsgesetzes, des GFG, zu nennen. Im Haushaltsjahr 2006 sind im GFG kreditierte Beträge aus den Jahren 2004 und 2005 abgerechnet worden. Dadurch wurde der kommunale Steuerverbund im Haushaltsjahr 2006 um den Betrag von 674,4 Millionen € gesenkt. Um diesen bereinigt nehmen die Ausgaben 2007 nur um 0,8 % zu. Damit bleiben wir unterhalb der Empfehlung des Finanzplanungsrates von 1 %.

Nach dem Systemwechsel von Soll- zu Ist-Steuereinnahmen als Basis des Steuerverbundes wird es derartige Ausschläge in Zukunft nicht mehr geben. Das haben zu Recht vor allem die kommunalen Spitzenverbände sehr gelobt.

Ein weiterer wichtiger Punkt im Haushaltsentwurf 2007 ist die innere Dynamik der Ausgabenentwicklung. Hierbei handelt es sich um unvermeidliche Steigerungen.

Dazu zählen zum Beispiel stetig steigende Personalausgaben. Insgesamt müssen dafür 260 Millionen € zusätzlich eingeplant werden. Allein der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst ist mit 85 Millionen € zusätzlich im Haushalt zu berücksichtigen. Hinzu kommen Steigerungen bei der Beihilfe und bei Fürsorgeleistungen von 95 Millionen €. Schließlich steigen die Versorgungsbezüge um 70 Millionen €.

Auch die dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung wird sich in der Landeskasse nicht nur auf der Einnahmenseite bemerkbar machen, sondern ist auch deutlich auf der Ausgabenseite spürbar. Allein beim Familienleistungsausgleich erhalten die Kommunen dadurch 60 Millionen € mehr vom Land. Zudem muss auch das Land die um drei Punkte höhere Mehrwertsteuer auf die Sachausgaben zahlen. Weiter steigende Zinslasten kommen hinzu.

Ohne den konsequenten Konsolidierungskurs der Landesregierung sähe die finanzielle Situation in Nordrhein-Westfalen sicherlich deutlich schlechter aus. Gerade weil wir gegen die innere Dynamik ansparen müssen, kommen wir um strukturelle Veränderungen nicht herum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die innere Dynamik und der immense Gesamtschuldenstand von 113 Milliarden € lassen uns darüber hinaus überhaupt keine Alternative bei der Verwendung von zusätzlichen Steuereinnahmen.

Beides zwingt uns, das Geld zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung einzusetzen.

Die Steuereinnahmen sind auf der Basis der Steuerschätzung vom Mai 2006 unter Zugrundelegung einer realistischen Wachstumserwartung mit 37,4 Milliarden € kalkuliert. Das sind 2,1 Milliarden € mehr, als für 2006 eingeplant sind.

Angesichts der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen in diesem Jahr sehe ich schon förmlich die Sparstrumpfattacken der Opposition in diesem Hause heraufziehen. Das ist angesichts des immensen Schuldenberges, den Rot-Grün hinterlassen hat, und der immer noch deutlich zu hohen Neuverschuldung eigentlich ein ziemlich abwegiger Vorwurf.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin deshalb schon jetzt gespannt, mit welcher Akrobatik Sie angesichts dieser Finanzsituation das Anlegen von Sparstrümpfen begründen wollen. Aber ich sage Ihnen: Ich diskutiere lieber über Sparstrümpfe als über Haushaltslöcher.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Übrigen lässt sich erst auf Basis der Steuerschätzung im November solide entscheiden, ob die positiven Zuwächse bei den Steuereinnahmen einem verlässlichen Trend folgen. Dann werden wir im weiteren Beratungsverfahren selbstverständlich mit einer Ergänzungsvorlage darauf reagieren.

Ich will an dieser Stelle direkt eines klarstellen: Ich kann durchaus nachvollziehen, dass sich gerade vor dem Hintergrund der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung mancher zu Wünschen hinreißen lässt. Diese Wünsche zielen dann zumeist auf die Ausgabenseite des Haushaltes. Aber, meine Damen und Herren, Geld für Begehlichkeiten haben wir nicht zu verteilen.

Nach dem Abzug aller Sondereffekte und Veränderungen aufgrund der weiteren Steuerrechtsänderungen zum 1. Januar 2007 ergeben sich aus der Mehrwertsteuererhöhung zusätzliche Einnahmen des Landes von 960 Millionen €. Diese müssen mit unabwiesbaren Mehrausgaben in Höhe von 213 Millionen € saldiert werden. Dann verbleiben 747 Millionen €. Mit dieser Mehreinnahme schaffen wir es, die Nettoneuverschuldung gegenüber den früheren Planungen von 5,1 Milliarden € auf 4,35 Milliarden € zu senken.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Da wäre ein Dank an die Bundesregierung fällig!)

Wir haben bereits mit dem Haushalt 2006 einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. Diese notwendigen und schmerzhaften Einschnitte werden einerseits von der Opposition als Teufelswerk verdammt. Die gleichen Damen und Herren rügen andererseits im gleichen Atemzug die angebliche Verfassungswidrigkeit des Haushaltes. Ein Ausweis stringenter Argumentation ist dieses Vorgehen gerade nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Faktum ist, meine Damen und Herren: Die Finanzlage des Landes bleibt auch im kommenden Jahr angespannt. Es ist uns auch für das Haushaltsjahr 2007 objektiv unmöglich, einen Haushalt aufzustellen, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das kennen wir schon!)

und die Kreditverfassungsgrenze des Art. 83 der Landesverfassung nicht überschreitet. Unsere Haushaltslage ist immer noch durch den verfassungsrechtlichen Befund der objektiven Unmöglichkeit gekennzeichnet. Ohne die Kreditverfassungsgrenze zu überschreiten, könnte das Land seinen bundesrechtlichen Verpflichtungen und den Aufgaben, die sich aus der Landesverfassung ergeben, nicht nachkommen. Im Interesse der Handlungsfähigkeit des Staates ist in diesem Falle eine Ausnahme vom in der Landesverfassung statuierten Kreditbegrenzungsgebot zulässig.

Die Landesregierung hat sich der Aufgabe der Sanierung und Konsolidierung des Landeshaushalts gestellt und geht diesen Prozess aktiv an. Wir haben notwendige Konsolidierungsentscheidungen getroffen und erste Sanierungserfolge erzielt. Wir sind aber beileibe noch nicht am Ende dieses Weges. Das Ziel der Landesregierung ist bekannt: Wir wollen die Nettoneuverschuldung so schnell wie möglich wieder unter die Summe der eigenfinanzierten Investitionen senken. Dazu haben wir einen klar definierten Sanierungsplan vorgelegt, den wir Schritt für Schritt abarbeiten.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie senken die Investitionen!)

Neben den notwendigen kurzfristig umsetzbaren Einsparungen sind auch strukturelle Veränderungen mit Auswirkungen auf den Haushalt zwingend notwendig. Wir brauchen diese grundlegenden Weichenstellungen, damit uns die innere Ausgabendynamik nicht völlig bewegungsunfähig macht. Nur so wird es gelingen, den Landeshaushalt zukunftsfest zu machen.

Zu den fortwirkenden Maßnahmen, meine Damen und Herren, gehören die im letzten Jahr vorgenommene Absenkung des Weihnachtsgeldes, die 0,5-prozentige Effizienzdividende durch die Budgetierung und der jährliche Abbau von etwa 3.200 Stellen. Dreh- und Angelpunkt für die Begrenzung der Personalausgaben wird ein beschleunigter Personalabbau sein, den wir auch im kommenden Jahr weiter fortsetzen.

Zum beschleunigten und sozialverträglichen Abbau von kw-Stellen hat das Kabinett im letzten Jahr den Aufbau eines Personaleinsatzmanagements beschlossen. Die dafür notwendigen Strukturen werden zurzeit aufgebaut. Ziel ist es, die Verwaltung effizienter zu gestalten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschlankten Strukturen dort einzusetzen, wo man sie auch tatsächlich braucht.

(Zuruf von der SPD: Auch in der Staatskanzlei?)

Das Personaleinsatzmanagement soll den dorthin versetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung mithilfe von Beratung, Qualifizierung und Vermittlung adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

Mit dem Personaleinsatzmanagement setzt die Landesregierung einen Vorschlag der Hartmann-Kommission zur Situation und Perspektive des Landeshaushalts um. Es ist eines der wichtigsten Projekte der Landesregierung in dieser Wahlperiode, weil es strukturelle Veränderungen vorantreibt.

Neben dem Personaleinsatzmanagement hat die Landesregierung im vergangenen Jahr beschlossen, ein Projektbüro zur Haushaltskonsolidierung aufzubauen. Unter dem Leitmotiv „Haushalt sanieren – Zukunft gestalten“ wird derzeit im Finanzministerium ein schlagkräftiger Arbeitsstab aufgebaut. Er wird den Konsolidierungsprozess im Sinne einer Projektgesamtsteuerung vorantreiben. Das Projektbüro wird in den nächsten Wochen seine Arbeit aufnehmen.

Die einzelnen Strukturveränderungen werden in den jeweils zuständigen Ressorts umgesetzt. Gleichzeitig muss aber eine einheitliche Konsolidierungsstrategie verfolgt werden. Dafür übernimmt das Projektbüro die koordinierende und steuernde Funktion. Nur wenn die Veränderungen als Gesamtprozess funktionieren, werden sie am Ende erfolgreich sein. Nur dann werden sie im Haushalt zu den Entlastungen führen, die wir dringend für eine nachhaltige Sanierung benötigen.

Zu den weiteren wichtigen strukturellen Maßnahmen gehört eine grundlegende Untersuchung zur Zukunft des Bau- und Liegenschaftsbetriebs. Ein externer Berater wird bis Anfang 2007 Vorschläge unterbreiten, wie das Sondervermögen neu ausgerichtet werden kann. Wir wollen den BLB dauerhaft aus den roten Zahlen bringen. Damit setzen wir eine weitere Empfehlung der Hartmann-Kommission um.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung arbeitet kontinuierlich daran, den Staat auf seine Kernaufgaben zu beschränken. In diesem Zusammenhang hat sie beschlossen, die Landesentwicklungsgesellschaft zu verkaufen. Nach einer europaweiten Ausschreibung ist ein Konsortium im April damit beauftragt worden, die Landesregierung zu beraten, was für das Land und die Mieter die beste Möglichkeit einer Privatisierung ist. Der Abschlussbericht wird im Herbst vorliegen. Danach wird die Landesregierung über die weiteren Schritte entscheiden. Ob und inwieweit der Buchwert für die LEG überschritten wird, kann man heute nicht sagen. Deshalb gibt es natürlich auch keine Etatisierung im Landeshaushalt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Landeshaushalt 2007 sind insgesamt Einsparungen von 690 Millionen € gegenüber der letzten mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt. Der kommende Haushalt markiert dabei den Einstieg in strukturelle Veränderungen des Haushaltsgefüges. Die mit dem Haushalt 2007 getroffenen Einsparentscheidungen werden daher über das kommende Jahr hinaus fortwirken. Veränderungsprozesse brauchen nun einmal Zeit. Aber ich bin mir sicher, dass wir mit diesem Kurs unser Ziel erreichen können: endlich wieder solide Finanzen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich aus den zahlreichen einzelnen Konsolidierungspositionen beispielhaft einige wichtige herausgreifen:

Mit dem Haushaltsjahr 2007 nimmt die Verwaltungsmodernisierung weiter Fahrt auf. Mit der Eingliederung von 35 Sonderordnungsbehörden in die allgemeine Verwaltung, der Reform der Versorgungsverwaltung, der Auflösung des Landesjustizvollzugsamtes und Umstrukturierungen beim Landesbetrieb Straßenbau geht es auf dem Weg zu einer modernen, konzentrierten und gestrafften Verwaltung weiter vorwärts. Insgesamt 20 Millionen € Einsparungen finden sich aus diesem Bereich bereits im Haushaltsentwurf 2007 wieder. Weitere Wirkungen werden in der Zukunft entstehen.

Auch der Weiterbildungssektor muss im nächsten Jahr einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Die Ansätze werden zwar um 18,2 Millionen € auf 78,2 Millionen € zurückgeführt, aber es ist eine Zuführung von EU-Mitteln in Höhe von 12 Millionen € in diesem Bereich vorgesehen. Außerdem werden die Ansätze für die Eltern- und Familienbildung im Rahmen der politischen Schwerpunktsetzung gegenüber 2006 unverändert fortgeschrieben.

Ich bin mir bewusst, meine Damen und Herren, dass durch die getroffenen Maßnahmen die Träger der Weiterbildung ihre Arbeit weiter optimieren müssen. Optimierung heißt nicht Zerschlagung von Strukturen. Dies wird es mit uns nicht geben.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch bei der SPD – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das hat sich vor der Wahl aber ganz anders angehört!)

Der Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH wird um 4,1 Millionen € zurückgeschraubt. Da die Liquidation der Gesellschaft zum 31. Dezember 2006 vorgesehen ist, haben wir nur noch einen Zuschuss in Höhe von 1 Million € eingeplant. Dieses Geld ist für nachlaufende Kosten im Zusammenhang mit der Auflösung der Gesellschaft vorgesehen.

Ich darf es bei diesen Beispielen belassen. Sie zeigen, dass alle Ressorts ihren Konsolidierungsbeitrag leisten.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung des Konsolidierungskurses bedanken. Alle Verantwortlichen in der Landesregierung wissen, wie schwierig dieser Prozess ist. Weder mir noch den Kabinettskollegen fallen manche Entscheidungen leicht. Umso mehr danke ich ihnen für ihre tatkräftige Mithilfe.

(Beifall von CDU und FDP)

Ohne meinem Kollegen Herrn Innenminister Dr. Wolf vorgreifen zu wollen, darf ich einige Sätze zu den Kommunal финанzen verlieren.

(Ralf Jäger [SPD]: Da sind wir ganz gespannt!)

Die Städte und Gemeinden werden im nächsten Jahr deutlich höhere Einnahmen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten. Das Land hält sein Versprechen gegenüber den Kommunen und belässt den Verbundsatz bei 23 %. In dem Ihnen vorgelegten Haushaltsentwurf stehen für 2007 6,4 Milliarden € Das sind 620 Millionen € oder 10,7 % mehr als 2006. Der kommunale Konsolidie-

rungsbeitrag durch Herausnahme der Grunderwerbsteuer aus dem Verbund – er macht 162 Millionen € aus – ist dabei schon abgezogen.

Dieser Berechnung liegen die Istergebnisse für den Zeitraum vom 1. Oktober 2005 bis zum 31. März 2006 zugrunde. Das war der Zeitraum, den wir bei der Aufstellung des Haushaltes berücksichtigen konnten. Da nunmehr die Istergebnisse der Verbundsteuern bis einschließlich Juli 2006 vorliegen, ist aber davon auszugehen, dass die Kommunen noch mit weiteren rund 200 Millionen € rechnen können. Die Kommunen erhalten mit dem GFG 2007 somit voraussichtlich 820 Millionen € mehr als im Jahr 2006.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das ist doch Kokolores! – Weitere Zuerufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, auch die Gewerbesteuer entwickelt sich für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen äußerst positiv. Das Bruttoistaufkommen beträgt im ersten Halbjahr 2006 4,5 Milliarden €. Das sind 26,6 % mehr als im ersten Halbjahr 2005.

Hinzu kommt, dass ab 2006 die Vervielfältiger zur Gewerbesteuerumlage für Bund und Land um je drei Punkte abgesenkt wurden. Die Gewerbesteuer ist im ersten Halbjahr 2006 daher netto sogar um 29,3 % gestiegen.

Die Jahresentwicklung für 2006 lässt sich anhand der Zahlen zwar noch nicht endgültig ablesen. Aber, meine Damen und Herren, selbst der Deutsche Städtetag, der nun wirklich runterspielt, rechnet mit einer Steigerung der Gewerbesteuer-einnahmen in 2006 von 12 % brutto bundesweit. Selbst wenn man diesen niedrigen Steigerungssatz zugrunde legt, können die Kommunen bei der Gewerbesteuer netto sogar wesentlich mehr erwarten als im besten Gewerbesteuerjahr 2000.

Bei allem Verständnis dafür, dass auch die Kommunen einem ähnlichen Konsolidierungsdruck ausgesetzt sind wie das Land, zeigen diese Zahlen klar und eindeutig: Die finanzielle Lage der Kommunen verbessert sich in 2006, und in 2007 können unsere Städte und Gemeinden mit deutlich mehr Geld vom Land rechnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Aufgrund dieser positiven Entwicklung ist es auch zumutbar, den Kommunen einen Konsolidierungsbeitrag im Krankenhauswesen abzuverlangen. Durch das Haushaltsbegleitgesetz wird der kommunale Beitrag zur Krankenhausfinanzierung von 20 auf 40 % erhöht.

Nordrhein-Westfalen geht damit keinen Sonderweg, meine Damen und Herren. Andere Bundesländer wie etwa Bayern und Niedersachsen beteiligen Kommunen bereits jetzt stärker an der Krankenhausfinanzierung. Wir halten es auch für gerechtfertigt, alle Städte und Gemeinden mit in die Pflicht zu nehmen. Schließlich profitieren alle Bürger von einem funktionierenden Krankenhauswesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Landeshaushalt setzt aber auch klare Schwerpunkte. Wir konzentrieren uns auf Zukunftsaufgaben und investieren vor allem in die Köpfe junger Menschen.

Im Kinder- und Jugendbereich kürzen wir nicht.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

– Es ist so! Lesen Sie den Landeshaushalt! Es ist so! – Trotz sinkender Kinderzahlen bleiben die Investitionskostenförderung für Kindertageseinrichtungen und die Betriebskostenzuschüsse nach dem GTK auf dem Niveau von 2006.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Ansatz für den Aufbau der Familienzentren wird um 6 Millionen € aufgestockt und beträgt 7 Millionen € in 2007.

Im Schulbereich, meine Damen und Herren, haben wir seit Regierungsübernahme insgesamt mehr als 3.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall und für Ganztagsbetreuung eingerichtet.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Wenn die Lehrer den Schülern so das Rechnen beibringen wie Sie uns den Haushalt, gnade ihnen Gott!)

Mit dem Haushalt 2007 wird diese Stellenzahl nochmals um 916 erhöht, sodass wir insgesamt auf über 4.000 Stellen kommen.

(Zustimmung von der CDU)

Das ist trotz der notwendigen Konsolidierung ein Kraftakt und nach dem bildungspolitischen Versagen von Rot-Grün ein beachtlicher Erfolg.

(Beifall von CDU und FDP)

Flankierend gibt es noch eine Vielzahl weiterer Maßnahmen, die im Schulbereich positiv wirken. So werden die Mittel für offene Ganztagschulen um 43 Millionen € erhöht. Damit können 44.300 neue Betreuungsplätze in 2.700 Schulen eingerichtet werden. Auch die Mittel für die Ersatzschulen werden um 22 Millionen € aufgestockt. Alles das zeigt: Die Landesregierung hat die Konse-

quenzen aus den Pisa-Studien gezogen und investiert damit in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Hochschulsektor, meine Damen und Herren, werden die Zuschüsse zum laufenden Betrieb mit einem Gesamtvolumen von rund 2,8 Milliarden € im Rahmen des Zukunftspaktes fortgeschrieben. Den Hochschulen des Landes wird damit eine verlässliche finanzielle Basis garantiert.

Zur Förderung der Rückkehr von jungen Spitzenwissenschaftlern aus dem Ausland stellt das Land ab 2007 zunächst 1,25 Millionen € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen einen Haushalt für 2007 vor, der zudem wirtschaftspolitisch effektiv ist. Existenzgründer sowie kleine und mittlere Betriebe stehen im Zentrum unserer Aktivitäten. Die Meistergründungsprämie wird auf der Höhe von 2006 mit 6,1 Millionen € fortgeführt. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die NRW-Bank tatkräftig bei der Entwicklung neuer, kapitalmarktgestützter Finanzierungshilfen für den Mittelstand. Für Garantien, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen im Interesse mittelständischer Unternehmen steht im Haushalt 2007 ein Deckungsrahmen von 200 Millionen € zur Verfügung. Zudem wird das Finanzministerium ermächtigt, Haftungsfreistellungen bis zu einer Gesamthöhe von 200 Millionen € zu übernehmen. Damit soll insbesondere die Kreditvergabe an Existenzgründer belebt werden.

Im Bereich der sozialen Infrastruktur möchte ich einige Punkte im Kontext der Krankenhausfinanzierung ansprechen. Das Gesundheitswesen insgesamt und die Krankenhauslandschaft im Besonderen stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Auf diese müssen wir uns rechtzeitig einstellen.

Wir haben deshalb die Einzel- und Pauschalförderung von Krankenhäusern von Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen. Zusätzlich hat die Landesregierung das Sofortprogramm „Krankenhausportal NRW“ aufgelegt. In diesem Programm stehen 40 Millionen € zur Verfügung. Damit stärkt das Land die Wirtschaftlichkeit und die Zukunftsfähigkeit der Krankenhauslandschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen auch in Zukunft investieren können. Dafür brauchen wir gesunde Finanzen, und dies nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für alle Länder; schließlich sind wir über den Länderfinanzausgleich eng miteinander verbunden. Gesunde Finanzen sind der entscheidende Beitrag zu Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit unseres

Landes und aller Länder. Darum brauchen wir gemeinsame Schritte aller Bundesländer, um solide Landeshaushalte zu sichern.

Fast alle Bundesländer machen derzeit ihre Erfahrungen mit Haushaltsproblemen, bis hin zur Haushaltsnotlage. Ich bin der Ansicht, dass wir daraus insgesamt Schlüsse ziehen müssen. Ich nehme für uns in Anspruch, dass wir diese Schlüsse gezogen haben. Deshalb kann ich darüber auch freier reden als die Mitglieder der vorangegangenen Regierung.

Wir brauchen ein Frühwarnsystem zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen, damit die Finanzprobleme einzelner Länder nicht zum Problem aller Länder werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen vor allem Kriterien erarbeiten. Wir müssen definieren, welche Verschuldungen in Zukunft noch zulässig sind. Außerdem brauchen wir ein Instrumentarium zur strikten Durchsetzung dieser Kriterien. Es geht um Anreize für sparsames Wirtschaften, aber auch um Sanktionen bei Verstößen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir unternehmen heute und in dieser Legislaturperiode das Notwendige, weil unser Land neue Chancen verdient hat. Es ist ein schwieriger Weg, es ist aber ein richtiger Weg. Die Landesregierung hat mit dem Haushaltsentwurf 2007 an ihrem Kurs festgehalten. Sie wird sich von ihm auch in den nächsten Jahren nicht abbringen lassen. Wir konsolidieren, wir modernisieren und wir investieren. Damit kommt Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Ich danke Herrn Finanzminister für die Einbringung der Gesetzentwürfe zum Haushalt. – Zur **Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes** erteile ich Herrn Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf schaffen wir die notwendigen Rechtsgrundlagen für die Finanzmittel, die für die Städte, Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände im Jahr 2007 bereitgestellt werden sollen.

Die Landesregierung lässt sich bei der Erfüllung des Verfassungsgebotes, im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten, weiterhin von dem Grundgedanken leiten, dass